

Grundlagen des Reichsbürger-Denkens

Der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ liegt keine in sich geschlossene Ideologie zugrunde. Auch beruft sich keinesfalls jeder Angehörige der Szene bei seinen Aktivitäten auf das „Dritte Reich“ oder sieht sich selbst als „Reichsbürger“. Als kleinster gemeinsamer Nenner der Anhänger dieser Szene gilt:

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ wollen keine Angehörigen der Bundesrepublik Deutschland sein!

Sie sprechen dem Staat, seinen Gesetzen und insbesondere seinen Vertretern jegliche Legitimation ab, treten aus der „BRD-GmbH“ aus oder gründen mitunter eigene Fantasie-Reiche, als deren Repräsentanten sie dann als „Minister“, „Präsident“ oder „Kanzler“ auftreten.

In pseudo-juristischen Argumentationen versuchen sie die von ihnen behauptete Illegitimität der Bundesrepublik Deutschland damit zu begründen, dass ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ fortbestehen würde. Die dafür herangezogenen Begründungen basieren auf der willkürlichen Interpretation von Artikeln des Grundgesetzes, von internationalen Verträgen oder auch aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen des Bundesverfassungsgerichtes. Sie münden häufig in Behauptungen, nach denen Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkrieges keinen wirksamen Friedensvertrag geschlossen habe, „die BRD lediglich ein Konstrukt der Alliierten“ sei und sich mit diesen noch im Kriegszustand befinde, und u. a. deswegen nicht das „ungültige“ Grundgesetz,

sondern „Reichsverfassungen“ oder etwa die Haager Landkriegsordnung (HLKO) anzuwenden seien.

Aus dieser ideologischen Gemengelage speist sich die Mehrheit der von der Szene entfalteten Aktivitäten. In den meisten Fällen zielt das Handeln von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ darauf ab, Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter durch weitgehend sinnlose Eingaben und mit querulatorischer Vehemenz zu beschäftigen. Nahziel ist nicht selten die Vermeidung von Steuer- oder Bußgeldzahlungen.

Die heterogene Szene der Reichsbürger

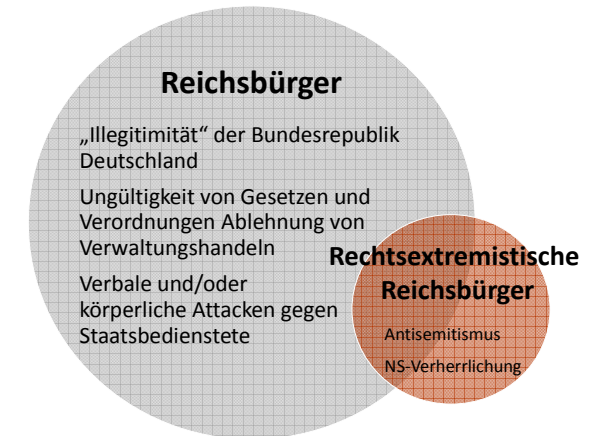
Als mindestens ebenso unübersichtlich wie die ideologischen Grundlagen des „Reichsbürger“-Denkens stellen sich die Anhänger dieser Bewegung dar. Neben einer Vielzahl von Einzelakteuren, die nicht in übergeordnete Strukturen eingebunden sind, existieren diverse Kleingruppen, virtuelle Netzwerke und überregional aktive Personenzusammenschlüsse. Zu letzteren gehören u. a. auch die in Berlin aktiven „Geeinte deutsche Völker und Stämme“, „Exilregierung Deutsches Reich“, „staatenlos.info“ und „Stiftung 36 Grad“.

Viele Anhänger der Szene agieren allerdings ohne organisatorischen Anschluss und verfolgen vor allem das Ziel, sich vom Staat „loszusagen“ und sich und ihr Leben „selbst zu verwalten“. Ihr Denken und Handeln ähnelt dabei einem in den USA schon länger unter dem Begriff der „sovereign citizens“ bekannten Phänomen.

Die Vielschichtigkeit der „Reichsbürgerszene“ entspringt auch den unterschiedlichen Motiven, aus denen heraus sich Menschen dieser Bewegung anschließen. Hier findet sich neben finanziellen Interessen, Geltungssucht und psychischen Auffälligkeiten auch ein Gefühl, wirtschaftlich und sozial abgehängt zu sein. Darüber hinaus sind aber auch gefestigte Rechtsextremisten, deren Kampf gegen den Staat einer nationalsozialistischen und insbesondere antisemitischen Gesinnung entspringt, Teil der „Reichsbürgerszene“.

Rechtsextremismus - Ursprung der Reichsbürgerideologie

Rechtsextremistische „Reichsbürger“ werden schon länger vom Verfassungsschutz beobachtet. Revisionistische und antisemitische Ansichten bilden dabei den Nährboden für die Idee von der „Illegitimität“ der Bundesrepublik, die das zentrale Element der Reichsbürgerideologie darstellt. In der Vorstellung rechtsextremistischer „Reichsbürger“ spielen vor allem die Forderung



nach der Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ in nationalsozialistischem Verständnis („Gebietsrevisionismus“) und der Kampf gegen ein vermeintlich nahezu allmächtiges und global agierendes „Weltjudentum“ besondere Rollen.

Gefährlichkeit der Reichsbürger-Szene

Neben ideologischen und teilweise auch personellen Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene ist es vor allem die grundsätzliche und rigorose Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und all ihrer Repräsentanten, aus der sich die von „Reichsbürgern“ ausgehende Gefahr speist.



„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sehen sich selbst in einer Auseinandersetzung mit einem von ihnen als illegitim empfundenen System, das mit allen Mitteln bekämpft werden sollte. Jede noch so unbedeutende behördliche Entscheidung kann sich für sie zu einem grundsätzlichen Kampf entwickeln, in dem sie glauben, sich unter Umständen mit Gewalt zur Wehr setzen zu müssen. „Reichsbürger“ gelten als besonders waffenaffin. In Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutzämtern und Waffenbehörden werden bundesweit „Reichsbürgern“ waffenrechtliche Erlaubnisse und Waffen entzogen.

Das Weltbild der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist stark durch Verschwörungstheorien geprägt. In einer solchen Wahrnehmungsblase ist auch das Freund/Feind-Denken stark ausgeprägt. Oft fehlt es ihnen deshalb an sozialen Kontakten, was zu einer Verfestigung ihrer eigenen „Realität“ führen kann. Die damit einhergehende Irrationalität ihrer Aussagen und ihres Verhaltens erschwert es enorm, mit Angehörigen dieser Szene in einen sachlichen Dialog zu treten. Ihr grundsätzlich konfrontatives Auftreten verschärft zudem Konflikte und führt regelmäßig zu Eskalationen.

Der Umgang mit Reichsbürgern

Von zentraler Bedeutung beim Umgang mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ist die Erkenntnis, dass Dialoge bzw. Auseinandersetzungen ihrerseits nie auf eine konsensuale Lösung ausgerichtet sind. Der Austausch z. B. mit Staatsbediensteten - bei dem es sich nicht selten um Monologe der „Reichsbürger“ handelt – sind für diese bereits ein Erfolg, nicht dessen Ergebnis. Sie nehmen die gesellschaftliche Realität komplett anders wahr und sind der festen Überzeugung, dass nur sie die Wahrheit kennen.

Vor diesem Hintergrund gilt für den Umgang mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“:

Führen Sie keine inhaltlichen Diskussionen.

Unterbrechen Sie die Einlassungen der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ und wiederholen Sie erforderlichenfalls mehrfach Ihren aktuellen Handlungsauftrag.

Behandeln Sie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ nicht anders als andere Menschen / Bürger / Kunden (Vorzugsbehandlung oder die Verweisung an Vorgesetzte bestärken sie nur).

Lassen Sie sich vom Auftreten der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ nicht einschüchtern (ihre „Argumente“ sind haltlos); drohen Sie Konsequenzen an und setzen Sie diese auch um.

Zeigen Sie Straftaten durch „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ konsequent an. Leiten Sie Ihnen bekannt gewordene Informationen an die Verfassungsschutzbehörde weiter.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Verfassungsfeinde
im Kampf gegen die Demokratie

INFOFLYER

